kaum behauptet werden können. Sie aber sind es und sie allein, denen der Phosphorzoll zu Gute kommt. Eine Schädigung aber würden bei Einführung des Phosphorzolles alle Fabriken erleiden, die sich mit Herstellung flüssiger und glasiger Phosphorsäure, Phosphormetall, Phosphorsäure-Anhydrid, Phosphorchloriden und -Oxychloriden, Phosphorsulfiden, unterphosphorigsauren Salzen und Zündhölzern beschäftigen. Alle diese Fabriken sind in hohem Maße auf die Ausfuhr angewiesen. In dem Augenblick, wo der Phosphorzoll eingeführt wird, kommen sie gegen ihre ausländischen Konkurrenten ins Hintertreffen, da hier alsdann billiger erzeugen können. Um die Schädigung auf dem Weltmarkte auszugleichen, ist der Inlandsmarkt nicht ausreichend, um so weniger, als er infolge des Schutzzolles durch Verteuerung der Produkte eingeschränkt werden wird. Trotzdem und alledem hat aber die Zolltarifkommission der Einführung eines Phosphorzolles nach dem Vorschlage der Regierung zugestimmt. Wenn dieser Beschluß Gesetz wird, dann müssen viele kleine Fabriken zu Gunsten einer großen, viele notleidende zu Gunsten einer gewinnabringenden ruhen. Welch entsetzliches Unheil aber für den deutschen Kleinbetrieb bei jedem Geschäft, das er unterhält, sich sagen zu können, daß er an seinem Teile am Phosphorzoll beteiligt ist der heute Tausende von 16 und vielleicht noch mehr Personen, die die drückende Arbeit Wenschem-Elendes an ihre „notleidenden" Mitmenschen zusätzlich aufbürdet!

Bülow als Optimist.

Der Reichskanzler Graf Bülow hat sich nach der Schles. Zeitung kürzlich vom allgemeinen deutschen Standpunkte aus gegen den politischen Pessimismus ausgesprochen. Den Anlaß dazu bot der Umstand, daß er auf den Pessimismus hingewiesen wurde, der in nationalen Blättern bei der Beurteilung der inneren und auswärtigen Verhältnisse Deutschlands zum Ausdruck gekommen ist. Der Reichskanzler hat sich zu dieser Frage dem Sinne nach folgendermaßen geäußert:

Bei einem Teile der nationalen Partei herrsche ein Hang zu kindischer Schwarzseherei, den er nicht als berechtigt anerkennen könne. Gerade die nüchterne Beurteilung des allgemeinen Zustandes der einzelnen Bundesstaaten müsse doch herauskommen, die seine mit dem Gange unserer öffentlichen Angelegenheiten, im Innern wie nach außen, so zufrieden sein könne wie gerade Deutschland. Der parteipolitische Zwiespalt gegen die Verhältnisse in anderen Staaten sei doch so bedauernd, daß ein Vergleich eventuell kaum in Frage komme. Mit Land mit seinen inneren Zuckungen, England mit den Nachwehen des südafrikanischen Krieges, Frankreich, dessen innere Entwickelung unter dem Rückschritte Waldeck-Rousseaus unter vor einem Frankreichen stehe. Deutschland allein in seiner ethnographischen und politischen Zusammensetzung, seinen Mängeln, die es aus das Gefühl erwecken können, als Nation oder als politische Macht hinter den anderen zurückzustehen. „Ich meine," sagte der Reichskanzler wörtlich, „es sei gerade angesichts der Tatsache, wenn ein Deutscher der Jetztzeit seinen Mitbürgern Mut zu machen vermag."

Diese neueste Produktion des Mannes mit dem Kaninchenbesprüche dürfte wiederum der allgemeinen Heiterkeit sicher sein. Ohne alle Ironie arbeitet der „geniale Staatsmann" bei dieser tonnerlichen Gelegenheit, wenn er gerade einmal nicht bei einem Nonnenfest beschäftigt ist, an der Ueberzeugung seiner Landsleute. Und es gelingt ihm. Der Gedanken schwere Last drückt ihn gewiß nicht, da er aber den Anschein zu erwecken sucht, als ob er aus der Höhe eines überlegenen Geistes wuchtige Gedankenaudern zu Tage fördere, um ihnen mit gelenkiger Zunge eine zierliche Gestalt zu geben, so wirkt sein Beginnen unwiderstehlich komisch.

Arbeitermord in allen Formen.

Wien, am 6. Juni.

-th- Es gibt nichts, was das österreichische Parlament leichter ertrüge, als an Arbeitern begangenen Mord. Jeder Kraftakt um den „immoralen Charakter" einer Volksschule, jeder Streit um die Besetzung einer untergeordneten Beamtenstelle ist ihm wichtiger. So erklärt es sich, daß Herbst, nachdem Trumerbe seinen konnte, als er die Stellungnahme der Czernowitzer Behörden im Abgeordnetenhause verteidigte, zweimal wurde mit großer Mehrheit der Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten abgelehnt und einmal der Antrag auf Erörterung der Frage über die Rede des Ministers verworfen. Dabei erhielt von den bürgerlichen Abgeordneten nicht ein einziger das Wort, nur der polnische Schlachtze Graf Tarnowski hielt eine Rede, in der er dem Statthalter und den schießenden Husaren Lob spendete. Der eigentliche Anwalt des Arbeitermordes war aber der Minister-Präsident selbst. Er hat für solche Fälle eine eigene Technik ausgebildet. Er verweist gegenüber allen Darlegungen der Sozialdemokraten auf die „strenge Untersuchung", die gegen die Schuldigen eingeleitet wird, und während er sich über das „vorläufige Ermitteln" entrüstet, erklärt er selbst feierlich und vor aller Untersuchung, daß das Eingreifen des Militärs unumgänglich war. Im übrigen giebt er dem Hause die verlogenen beschönigenden Berichte zum besten, die ihm von den schuldtragenden Behörden eingeschickt worden sind.

Alles läßt sich freilich auch auf solche Weise nicht vertuschen; so mußte Marber selbst zugeben, daß die Zahl der Verletzten 200 Personen weit überteigt, und außer den übrigen barbarischen Blättern Lemberg's brachte selbst das offizielle Organ des Statthalters die Klage vor, die Husaren hätten nicht Mannszucht gehalten, hätten einzeln und nach Belieben geschossen. Das heißt, sie haben in den Straßen eine Art tollwütiger Hetzjagd auf die Arbeiter veranstaltet. Eine Musterkarte das, aber statt sich über ihre Undiszipliniertheit aufzuhalten, entrüsteten sich die Herren Parteigenossen darüber, daß die Sozialdemokraten hervorhoben, wie unser Militär, das vor dem Gegner immer sapfer davonlauft, seine Verbrechen in Straßenkämpfen glückt.

Es giebt indes in Galizien Leute, die ihr ganz besonderes Vergnügen an den Lemberger Vorgängen haben. Sie haben die Aufmerksamkeit von einem anderen abscheulichen Verbrechen abgelenkt. An demselben Tage, da in Lemberg Arbeiter in den Straßen niedergeknallt und niedergeritten wurden, ereignete sich in den Erdwachsgruben von Borynia eine Explosion, der 20 Arbeiter zum Opfer fielen. Es handelt sich dabei um keinen unglücklichen Zufall, noch um die traurigen Folgen arger Fahrlässigkeit, sondern um ein Verbrechen kapitalistischer Profitgier und Sparwut. Drei Wochen vor dem Unglücksfalle richtete der Ingenieur der Bergarbeiter, „Gornik", an alle der Betriebsleitung gemachten Vorstellungen, trotzdem gebliebenen waren, an die staatliche Aufsichtsbehörde, das Bergamt in Tschebog, eine Eingabe, in der die Arbeiter darauf aufmerksam machten, daß in einer Förderstrecke, wo jede Ventilation fehle, giftige Gase ansammelt seien, die Leben und Gesundheit der Bergleute gefährdeten. Die Eingabe hatte keinen Erfolg. Darauf wendeten sich die Arbeiter an das sozialdemokratische Krakauer Tageblatt „Naprzod" und dieses veröffentlichte am 26. Mai einen Artikel, in dem ausgeführt wurde, daß die Förderstrecke derart mit Gasen angefüllt sei, daß sehr häufig die Bergleute von Gasen vergifteten und bewußtlos an die Oberfläche gebracht wurden, daß jeder Bruch einer Lampe eine Katastrophe herbeiführen müsse. Zugleich wurde in dem Artikel betont, daß der Leiter des Bergwerks in Tschebog, der Oberkommissär Konkiewicz, ein genauer Freund des Betriebsleiters der Gruben, des Herrn Szumski, sei und deshalb auf der Durchführung der Vorschriften nicht bestehe, es möge also die Berghauptmannschaft in Krakau ihres Amtes walten, um die Bergarbeiter vor einer furchtbaren Katastrophe zu behüten. Doch selbst dieser Artikel in dem sozialdemokratischen Tageblatte hatte keinen Erfolg. Es blieb alles beim alten. Die bergpolizeilichen Vorschriften bestimmen, daß nach je 20 Metern eine Ventilation zur Entfernung der Gase angebracht sein müsse, hier war in dem 200 Meter langen Schachte nicht eine Ventilation, nur ein Rohr zum Ausspannen der Gase. Doch arbeitete die Pumpe nicht, da der Arbeiter, der das „Schmieren" des Motors zu besorgen hatte, aus Ersparnisrücksichten entlassen worden war. Zwei Tage vor der Katastrophe machte ein Unterbeamter den Tischler Szumski ausdrücklich auf das erhebende Gefahr aufmerksam. Szumski erwiderte: „Ich habe kein Geld dazu, es muß so bleiben wie es ist!"

Und es blieb so. Zwei Tage darauf erfolgte die Explosion. 17 Arbeiter sind tot, zwei wahnsinnig geworden, einer lebensgefährlich verletzt. Die Blutschuld Szumskis, die Mitschuld des staatlichen Aufsichtsbeamten Konkiewicz liegt so klar zu Tage, daß es keines weiteren Wortes bedarf. Allein noch nicht einmal eine Untersuchung hat man bisher gegen sie eingeleitet. Unterdessen wird der Unglücksschacht ausgepumpt, damit der nach Borynlow entwichene Herr Oberbergrat alles in Ordnung finde. Dieser wird einen entsprechenden Bericht verfassen, der die Grubenleitung entlastet. Den Hinterbliebenen der umgemordeten Arbeiter wirft man ein paar hundert Kronen hin — und alles ist vorbei und erledigt. So verfährt man mit dem Leben der Arbeiter in Oesterreich, und ganz besonders in seiner lieblichsten Provinz, in Galizien.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Juni. In der Nachmittagssitzung der Zuckersteuerkommission am Freitag — über die Vormittagssitzung, die dem Saccharin gewidmet war, berichten wir an anderer Stelle — wurde bei der zweiten Lesung der Zuckersteuernovelle der in erster Lesung abgelehnte Antrag Arenberg, der eine Kontingentierung auf 5 Jahre bis zum 1. Septbr. 1908 vorsieht, mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Bei der Erörterung über die Höhe der Zuckersteuer wurde ein Antrag Hermes auf Festsetzung der Steuer auf 14 Mark mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt und die Beschlüsse erster Lesung (Festsetzung der Zuckersteuer auf 12 Mark vom 1. September 1903 an und auf 10 Mark vom 1. September 1905 an mit 19 gegen 9 Stimmen aufrecht erhalten. Finanzminister v. Rheinbaben trat für die Festsetzung der Steuer entsprechend der Vorlage auf 16 M. ein. Für 1902 betrage das Defizit 50 Millionen, für 1903 sei es auf 70—80 Millionen zu veranschlagen. Man könne doch nicht zu einer Bier- oder Tabaksteuer übergehen. Bei einer Ermäßigung der Zuckersteuer auf 12 M. werde das Pfund Zucker jedoch nur um 2 Pf. verbilligt. Genosse Bernstein verwies auf die Reichseinkommensteuer. Staatssekretär Graf Posadowsky meinte: Es sei doch besser, an alten Steuern festzuhalten, als sich über neue Steuern den Kopf zu zerbrechen. Zudem sei es sehr schwer, eine Tabaksteuer zu erhalten. Ihr werde der heftigste Widerstand entgegengesetzt. Gegen eine Biersteuer erheben die süddeutschen Staaten Widerspruch. Die Reichseinkommensteuer sei nicht durchführbar, weil die Landeseinkommensteuern davon berührt werden. Gegen einen solchen Eingriff tiefster Art würden sich die verbündeten Regierungen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Unsere Schuldenlast sei im beständigen Wachsen und an eine Tilgung sei nicht zu denken. — Die Zuckerkonvention wurde mit 19 gegen 9 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen und die Abgg. v. Komierowski (Pole), Müller-Fulda und Pingen (Zentr.). Heute tritt die Kommission zur Feststellung des Berichtes noch einmal zusammen.

— Die Zolltarifkommission erledigte Freitag durchweg nach der Regierungsvorlage die Positionen 336 bis 360 (Graphit, Bleistifte, Aether, Oele, Oderus, künstlicher Dünger usw.). Für Pos. 360, mit Säuren behandelte Düngemittel, die die Vorlage zollfrei lassen wollte, wurde auf Antrag Paasche mit 14 gegen 12 Stimmen ein Zoll von 0.50 M. in Ansatz gebracht. Die nächste Sitzung ist Dienstag.

— Ueber die Vertagung des Reichstags soll, wie die Freis. Ztg. hört, eine Verständigung dahin erzielt worden sein, daß der Reichstag Mitte nächster Woche durch kaiserliche Verordnung bis zum 14. Oktober vertagt wird.

— Die Interpellation des Grafen Kanitz wegen des deutsch-amerikanischen Schiffahrtsvertrages ist am Donnerstag abend im Reichstage eingebracht worden. Sie wird auf die Tagesordnung vom 9. Juni gesetzt werden, nachdem sich Graf Bülow bereit erklärt hat, sie zu beantworten.

— Im preußischen Abgeordnetenhause lehnten die Konservativen und Zentrumsleute den Antrag der Freisinnigen auf Neueinteilung der Wahlkreise, um die Benachteiligung der Städte zu Gunsten des platten Landes aufzuheben, fast ohne jede Begründung schlankweg ab. Die Nationalliberalen stimmten dafür, aus welchen Gründen, sagen die folgenden klassischen Ausführungen des Abg. Roelle: Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die Verschiebungen, die nun einmal in der wirtschaftlichen Bedeutung unseres Lebens in den letzten 50 Jahren stattgefunden haben, ihren Ausdruck auch finden in einer andern Einteilung der Wahlbezirke, und ich glaube auch, daß gerade die Herren, die der Ansicht sind, daß dieses für Preußen geltende Wahlrecht im wesentlichen unverändert bestehen bleiben soll, alle Veranlassung haben, solche Monstrositäten, wie sie sich jetzt herausgebildet haben, möglichst zu beseitigen, damit später, wenn es noch schlimmer geworden ist und diese Monstrositäten unter dem starken Druck, den sie ausüben, beseitigt werden müssen, nicht das ganze geltende Wahlrecht mit fortgerissen wird.

Erdrosselung einer Industrie haben am Freitag die Zuckeragrarier in der Zuckerkommission beschlossen. Die Saccharinindustrie soll zu Gunsten der Zuckerindustrie vernichtet werden. Mit 18 gegen 10 Stimmen, gegen Sozialdemokraten und Freisinnige und die Zentrumsabgeordneten Speck und Müller-Fulda, hat die Zuckersteuerkommission einen Antrag angenommen, der die Einstellung der Saccharinproduktion dekretiert. Den betroffenen Fabrikanten soll eine Entschädigung gegeben werden. Da es aber noch Zuckerkranke giebt, die Zucker nicht genießen dürfen, so soll die Reichsregierung eine besondere Erlaubnis zur Herstellung von Saccharin erteilen dürfen; das Produkt darf dann aber nur an Apotheken abgegeben werden und an solche Leute, die wiederum amtliche Erlaubnis haben, den Apotheken soll der Bundesrat bestimmte einschränkende Vorschriften für den Weiterverkauf machen. Alles das, um die Zuckerindustriellen von einer unbequemen Konkurrenz zu befreien. Die Regierung, die sich bisher gegen solche Erdrosselungspläne ausgesprochen hatte, und erklärt hatte, es gehe nicht an, das Saccharin unter den Apothekenzwang zu stellen, da es weder gesundheitsschädlich, noch ein Heilmittel sei, will anscheinend, wie eine wohlwollende Erklärung des Schapiekretärs fürchten läßt, tapfer vor den Agrariern zurückweichen und wieder einmal das Opfer des Intellekts bringen. Sie wird es thun aus Angst um die Brüsseler Zucker-Konvention, die sie bei etwas Festigkeit ohne weiteres den Agrariern hätte aufzwingen können, da die Ablehnung doch ein gar zu großes Risiko wäre.

So wird also ein Stoff, dessen ganze Schuld es ist, daß er billiger ist als Zucker, einfach zu produzieren verboten — wenigstens für die Gesunden. Allerdings hat Saccharin nicht den Nährwert des Zuckers. Aber das giebt den Agrariern noch lange kein Recht, zu Gunsten der Zuckerindustriellen, den armen Teufeln, denen der Zucker zu teuer ist, das Saccharin einfach zu nehmen. Aber was schiert das die Zuckerbarone. Mag der Lump, der nicht einmal Zucker kauft und ihnen so jeden Tribut verweigert, doch das Leben ungesüßt hinunterwürgen! Das Saccharinverbot ist ein Beutezug von einer Unverschämtheit, der seines Gleichen sucht in der Geschichte!

Polizeithaten in Ostelbien. Die Metallarbeiter in Danzig wollten am 1. Juni ein Vergnügen abhalten. Der Vorstand der Zahlstelle meldete es bei der Polizei an und erhielt vom Polizeipräsidenten einen Bescheid, der an sich schon geeignet war, das Vergnügen unmöglich zu machen. Frauen sollten nämlich nicht daran teilnehmen dürfen, weil der Metallarbeiterverband ein politischer Verein sei. Unter solchen Umständen verzichteten sie darauf. Schon am 31. Mai erschien trotzdem die Polizei in einer Stärke von 20 Mann vor dem Lokal und patroullierten die Straßen auf und ab. Am 1. Juni, dem „Festtag", erschienen 15 Vertreter der Hermandad, auch wurde in einer nebenan gelegenen Weinkneipe eine stiegende Polizeiwache eingerichtet mit etzlicher Besatzung. Abends, gegen 6 Uhr, als das Parteilokal mäßig mit Gästen beiderlei Geschlechts besetzt war, erschien ein Polizeikommissar und erklärte der Wirtin, die anwesenden Frauen müßten das Lokal verlassen. Trotzdem die Frau ihn darauf aufmerksam machte, daß das Vergnügen nicht stattfinde, beharrte der Mann des Gesetzes auf seinem sonderbaren Verlangen und ließ endlich das Lokal schließen. Sämtliche Anwesenden mußten sich entfernen, sogar der Wirt nebst seiner Frau, trotz energischen Protestes. Polizeibeamte stellten sich in die Hausthür und ließen nur Hausbewohner durch. Nach der Räumung ersuchte ein Genosse, der in dem Hause wohnt, einen anderen Genossen, zu ihm in seine Privatwohnung zu kommen. Der letztere wurde von den Beamten zurückgewiesen und als er energisch freien Eintritt forderte, verhaftet und in die Arrestzelle gesperrt. Erst nach zwei Stunden wurde er wieder freigelassen und mußte die ekelerregende Entdeckung machen, daß er Wanzen und Läuse auf seinen Kleidern habe, die er nur aus der Zelle mitgebracht haben konnte!

In Ostelbien scheinen die staatsbürgerlichen Rechte zeitweise nach dem Belieben der Polizei für organisierte Arbeiter aufgehoben zu sein. Und da wundert man sich, wenn auch dort in den Domänen der Junker die Sozialdemokratie immer mehr Anhänger findet. Die Polizei züchtet sie ja förmlich.

---

zu erhalten, wen ging es was an? Nur ein paar Tage! Die Kirchhöfe lagen so nahe, und das Häuschen war so baufällig: morgen schon wurden sie vielleicht auf die Straße gesetzt, das Häuschen wurde abgebrochen, der Jasmin und der Flieder wurde ausgerodet, und vier Stock hoch türmten sich die Qualen der Großstadt über das Mundvoll Glück seiner Käthe. Und schon morgen vielleicht würde ihm sein neuer Beruf unerträglich, und er kehrte verdüstert zu seinen alten Römern zurück, über die er mit Käthe nicht sprechen konnte.

Einmal hatte Käthe tagsüber seine Bücher abgestäubt und war dabei auch über die angefangene Arbeit geraten.

„Was ist das?" hatte sie gefragt.

„Ein gelehrtes Werk, das Du nicht verstehen würdest."

„Wer hat das abgeschrieben, Walter?"

„Eine schöne und brave junge Dame, welche die wenigen Pfennige sammelte, um die Eitelkeit einer alten Frau zu unterhalten."

„Könnte ich das nicht für Dich schreiben?"

Und die Frage klang ruhend und ernst zugleich.

„Nein, mein weiches Kind. Ich habe es aufgegeben, weil Du lebendig bist und die alten Namen tot sind. Frage mich nicht mehr danach."

Aber den Sonntag darauf brachte er ihr aus der Stadt einen großen blumigen Pfirsich mit und dazu einen Halbschmuck von geschliffenen böhmischen Granaten.

Wie sie jubelte und den Geliebten küßte!

„Wo nimmst Du nur das viele Geld her?"

„Ich stehle es täglich, damit ich Dir eine Freude machen kann."

Wie sie lachte!

Die Idylle in der Großgörschenstraße sollte keinen Zeugen haben. Niemand sollte Käthe die Augen öffnen darüber, daß zu ihrem Glücke vielleicht doch noch eins fehlte — das Glück des Mannes. Niemand Fremdes sollte mit der Hand nach der niedern Decke eines der drei kleinen Räume tasten und ihren bröckelnden Mortel mit dem stilgemäßen Rokokoteil der neuen Häuser vergleichen. Niemand sollte die Laube betreten, diese duftig, früher unter dem Flieder, jetzt im heißen Sommer unter dem Jasmin, in Berlin nicht wieder zu finden war.

Nur zu Richard hatte er mit hingeworfenen Worten wenigstens die vollzogene Ehe erwähnt und die abgelegene Wohnung, die sich für die Vollendung einer wissenschaftlichen Arbeit so vortrefflich eignete. Er hatte einen freundschaftlichen Verkehr mit ihm anzubahnen gesucht, und wenn er einen seiner Bekannten hätte zu sich ins Haus führen wollen, so wäre es Richard gewesen. Aber der war immer noch in seinem Rausche befangen, als hätten ihn die begeisterten Zurufe der Gesellschaft im Wirtsgarten zum berufenen Künstler gemacht.

Bode beobachtete den jungen Freund, so oft er ihn flüchtig sah. Richard hatte sich aufgeregt in die Arbeit gestürzt, den letzten Akt seiner Oper zu orchestrieren. Er sprach mit Bode nicht über sein Werk, aber dieser erfuhr von vielen Besuchern der Redaktion, von den Kameraden, von Wettmann und Haffner, daß die Arbeit rasche Fortschritte machte und daß der Komponist gerne einzelne Nummern der Oper am Klavier vorlang und vorspielte. Die Urteile, welche Bode zu erfahren sich bemühte, gingen nicht so weit auseinander, als es oft scheinen wollte. Die Boshaften nannten Richard einen Dilettanten, seine Oper Kapellmeistermusik eines Mannes, der nicht einmal für einen Kapellmeister genug musikalisches Wissen besitze. Die näheren Freunde des alten Wettmann schworen darauf, die Oper müßte Glück machen, weil sie gar so leicht sei. Und die Einsichtigen nannten sie ein gefälliges, aber unbedeutendes Werk.

Richards Denken mußte jedoch noch von einer anderen Sorge eingenommen sein. Die künstlerische Thätigkeit, so anstrengend sie sein mochte, konnte ihm unmöglich die Schwermut aufgeprägt haben, die nun seit Wochen mit der gesteigerten Anregung seiner frohen, künstlerischen Erwartungen abwechselte. Bode, der in seinem ironischen Sinne die Leidenschaft der Liebe kaum kannte, errieb dennoch, daß Johannas plötzliche Abreise mit der traurigen Stimmung Richards zusammenhing. Er hätte ihm gern Gelegenheit gegeben, sich auszusprechen. Einen besseren Vertrauten konnte ein Verliebter gar nicht finden, als den jungen und doch allezeit kaltblütigen und skeptischen Bode.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020607/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG